

Wien, am Dienstag, den 29. November 1927 (Zweite Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 29. November 1927

Als Bürgermeister Seitz um vier Uhr nachmittags den Sitzungssaal des Gemeinderates betritt werden ihm von der Gemeinderatsmehrheit lebhafteste Ovationen bereitet. Die sozialdemokratischen und grossdeutschen Gemeinderäte erheben sich von den Sitzen und spenden dem Bürgermeister lauthohehrenden Beifall. Die im Saale anwesenden christlichsozialen Gemeinderäte bleiben während der Kundgebung auf ihren Plätzen sitzen, ohne sich an der Kundgebung zu beteiligen.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung.

Es wird sodann in die Beratung des Antrages über die sechsprozentige Dreissigmillionen Dollaranleihe der Stadt Wien eingegangen.

St.R. Breitner: Es war immer, auch in der Vorkriegszeit eine sehr wichtige Angelegenheit, wenn der Wiener Gemeinderat über die Aufnahme einer grossen Anleihe beschloss. Es war dies immer das Zeichen, dass neue fruchtbringende Arbeit geleistet wird, dass Industrie und Gewerbe dieser Stadt Aufträge erhalten. Von noch viel grösserer Bedeutung ist es, wenn wir heute nach dem Kriege, nach all den Zerstörungen, die sich vollzogen haben, nach einer überlangen Pause wieder dazu kommen, eine grosse Investitionsanleihe zu beraten. Industrie und Gewerbe dieser Stadt hungert förmlich nach Arbeit und es ist für Arbeiter und die vielen tausende Arbeitslosen eine grosse Botschaft, wenn man die Mittel zur Verfügung gestellt werden können, um in rascherer Folge, als es sonst geschehen wäre, die grossen Betriebe der Gemeinde auszugestalten. Eine Reihe von Wünschen wird erfüllt, werden deren Verwirklichung länger gedauert hätte.

Wenn wir Ihnen heute keinen genauen Verwendungsplan vorlegen, so geschieht dies, um darzutun, dass wir in der Verwendung der Anleihe lediglich an jenen allgemeinen Beschluss gebunden sind, den der Wiener Landtag in der Sitzung vom 1. April gefasst hat, um darzutun, dass die Verwendung dieser Gelder freie Entschliessung des Gemeinderates ist und dass wir uns in dieser Beziehung in gar keine wie immer geartete Abhängigkeit oder Kontrolle begeben haben. Selbstverständlich werden aber jene Faktoren, die dazu berufen sind solche Arbeiten vorzubereiten und zwar in erster Reihe der Unternehmungsausschuss in naher Frist sich mit dem Verwendungsplan befassen. Ich will nur eines vorausschicken, dass wir bei Verwendung dieser Gelder in aller erster Linie an die Strassenbahn, an das Gaswerk, an das Elektrizitätswerk, allenfalls auch an die Leichenbestattung denken, dass aber, wie es immer gewesen ist Brauhaus und Anleiheunternehmung ihre/Bedürfnisse auch in Zukunft aus eigenen Mitteln zu decken haben werden. Am 1. April hat der Landtag durch ein Gesetz den allgemeinen Rahmen für die Anleihe abgesteckt, er hat damit einen Auftrag erteilt und das zuständige Referat hat diesem ihm erteilten Weisung entsprechend gehandelt. Es ist in der Nachkriegszeit nicht sehr einfach, zu Anleihebedingungen und Anleiheformen zu gelangen, die der Tradition und dem Ansehen eines so grossen Gemeinwesens wie es Wien ist, entsprechen. Wir haben uns lange Zeit zurückgehalten und zurückhalten müssen. Ich verweise nur auf das entscheidende Hindernis, das bis zum 30. Juni 1926 bestand. Der Generalkommissär in unserem Lande und es wäre die schwerste Gefahr für die Autonomie der Wiener Gemeindeverwaltung in ihrer Willensfreiheit beengt gewesen, hätte sie zu jener Zeit Anleihen gesucht. Wir haben uns also zurückhaltend auferlegt, weil wir den Zeitpunkt abwarten wollten, an dem wir vollkommen frei und unabhängig solche Ver-

handlungen führen können, Verhandlungen, bei denen es sich ausschliesslich darum handeln kann, die Sicherheit, die die Gemeinde als solche bietet, zu prüfen und als Unterlage zu nehmen. Ich habe es in der Sitzung des Landtages vom 1. April als das vornehmste Ziel von Anleiheverhandlungen bezeichnet, jedwede Verpfändung zu vermeiden. Das ist auch tatsächlich gelungen. Wir haben keine wie immer gearteten Unterlagen zu geben. Wie vor dem Kriege genügt das Ansehen und das Vertrauen, dass sich diese Stadtverwaltung erworben hat (lebhafteste Zustimmung bei der Mehrheit.)

Die Anleihebedingungen selbst waren naturgemäss wie immer der Gegenstand harten Ringens. Immer bestimmen die Marktverhältnisse wie Verkaufsmöglichkeiten.

Ich kann es ohne alle Ueberhebung aussprechen zu dürfen, dass die/Bedingungen, wie sie hier vorliegen, jeder Kritik standhalten. Wir haben den Betrag von dreissig Millionen Dollars, den der Landtagsbeschluss ausgesprochen hat auf eine Laufzeit erzielt, wie sie den amerikanischen Marktverhältnissen entspricht und wie sie für die geplanten Investitionen als angemessen erscheint und wir haben einen Anleihetypus, der durchaus angemesen ist. Wir haben einen Kurs/der im Vergleich mit dem Ansehen der grossen deutschen Gemeinwesen durchaus bestehen kann. Zwei

Momente sind für die Beurteilung der Anleihe von besonderer Bedeutung. Zunächst die Bedingung, dass wir jederzeit die Möglichkeit haben, die Anleihe vorzeitig zurückzuzahlen. Niemand kann natürlich voraussagen, ob die Marktverhältnisse, die heute bestehen, noch eine Reihe von Jahren dauern werden oder ob nicht über kurz oder lang günstigere Verhältnisse eintreten. Sollte das letztere der Fall sein, so haben wir nichts fehl getan, nichts versäumt. Wir werden uns dann einfach bemühen zu den besseren Marktverhältnissen eine neue Anleihe zu erlangen und werden dem nächsten Couponfälligkeitstermin dazu beizutragen.

die heutige Anleihe vorzeitig aus der Welt zu schaffen. Das überhebt uns der Sorge, ob wir den Beschluss, den wir heute fassen, nicht einer Reihe von Jahren zu befeuern haben werden. Eine andere günstige Bedingung besteht darin, dass wir nicht gezwungen sind, die zu den betreffenden Verlosungsterminen ausgelosten Stücke zum Nennwert zurückzuzahlen und so die Differenz zwischen Begebungskurs und Nennwert als Verlust zu betrachten, sondern dass wir die Möglichkeit haben, durch Stücke, die wir am Markt kaufen, der Tilgungsverpflichtung nachzukommen. Auch hier ist eine Voraussage nicht möglich. Aber soweit man es beurteilen kann und solange der heutige Zustand herrscht, wird es möglich sein, einen sehr erheblichen Teil des Unterschiedes, der gegenwärtig zwischen Begebungskurs und Nennwert besteht für die Gemeinde wieder einzuholen, sodass wir wohl die volle Differenz auf längere Zeit nicht als bringend verlust betrachten müssen.

So haben wir in richtiger Weise die Grenzen abgesteckt. Wir haben eine Anleihe vor uns, von der wir behaupten dürfen, dass sie der Ausdruck eines sehr starken Vertrauens zur Lebenskraft dieser Stadt ist. Wenn man an die Verhältnisse zurückdenkt, die nach dem Kriege bestanden, wenn man sich den Pessimismus vor Augen führt, der damals nicht/bei uns in weiten Kreisen, sondern auch in der Welt geherrscht hat, als man unsere alte, berühmte Stadt, die einmal in so grosser Geltung gestanden ist, förmlich zu den Toten geworfen hat, erkennt man erst, wie gealtig der Unterschied zwischen heute und damals ist. Heute sind jene Faktoren, die nur den Respektift handhaben zur Erkenntnis gekommen, dass die Wurzeln dieses Gemeinwesens nicht bloss verankert waren in einer Monarchie, in einem grossen Staatsgebiet mit einer grossen Bevölkerungszahl, sondern dass sie verankert sind in den unzerstörbaren kulturellen Errungenschaften dieser Stadt, in der Tüchtigkeit ihrer industriellen und gewerblichen Arbeiterschaft. Wir haben damals den Lebensmut nicht verloren und so ist es uns gelungen über alle Widrigkeiten hinweg zu neuer Geltung zu gelangen.

Diese Anleihe wird uns von einem Institut/angeboten, dass zu den angesehensten und mächtigsten der Welt gehört. Auch das ist für eine Anleihe nicht ohne Bedeutung. Es ist sehr wesentlich, ob eine solche Anleihe mit einer Laufzeit von 25 Jahren die ganze Zeit hindurch entsprechend betreut wird und wir glauben, dass dies bei dem Kontrahenten, den wir gefunden haben, ohne weiters der Fall ist. Diese Verbindung ist durch Vermittlung des Wiener Bankverein angeknüpft worden, der uns mit seiner Mitwirkung wertvolle Dienste geleistet hat, die bei dieser Anleihe hervorzuheben/mich verpflichtet fühle. Wenn wir die ganze Vorlage betrachten, können wir wohl sagen, dass man nach kritischer und gewissenhafter Prüfung mit aller Beruhigung die Zustimmung erteilen darf. Wir haben den Mitgliedern des Gemeinderates in einer so detaillierten Weise wie es nur möglich ist, alle Unterlagen an die Hand zu geben. Es ist dadurch Gelegenheit geboten zu einem richtigen Urteil zu gelangen. Es wird sicherlich von der ganzen Bevölkerung begrüßt werden, wenn es gelingt, diese Anleihe durchzuführen und damit eine Fülle von Arbeit für Industrie und Gewerbe dieser Stadt zu sichern. Es wäre aber auch von Wert und Bedeutung, wenn sich wieder einmal nach längerer Zeit der Wiener Gemeinderat mit Rücksicht auf die hohe Bedeutung, die dieser Vorlage innehat, zu einer einstimmigen Beschlussfassung zusammenfindet. Ich bitte den geehrten Gemeinderat in die Beratung und Erledigung der Vorlage einzugehen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Stadtrat Kunschak: Die heutige Sitzung kann man unter verschiedenen Gesichtswinkeln als eine geschichtlich denkwürdige bezeichnen. Eigentlich hat der Gemeinderat dem Antrag auf Aufnahme dieser Anleihe schon durch seinen Beifall zu den Ausführungen des Finanzreferenten die Zustimmung erteilt. Immerhin darf ich konstatieren, dass durch diese Vorlage eine wesentliche Veränderung der Auffassung bei der Mehrheit eingetreten ist. Ich darf darauf verweisen, dass der Erfolg in hohem Grad, wenn auch nicht in materieller Beziehung, so doch nach dem Urheberrecht der Opposition zuzuschreiben ist. (Sehr richtig! bei der Minderheit). Freilich hat man für unsere Auffassung in dieser Sache kein Verständnis besaßt. In dieser Saale und ausserhalb war es die Wahrheitspartei, die uns für unseren Standpunkt nicht nur keine Anerkennung, sondern schlimmste Angriffe entgegengebracht hat. Man hat uns vorgeworfen, dass unser gemeindepolitisches geistiges Besitztum darin besteht, Schulden zu machen. Sie haben uns, wenn wir die Aufnahme einer Anleihe verlangt haben, immer wieder gesagt, dass Sie es anders machen, als die frühere Verwaltung, die Schulden auf Schulden gehäuft hat. Nun unterbreiten Sie heute selbst den Antrag auf Abschluss einer Anleihe.

Schon als der Wiener Landtag den Beschluss gefasst hat, dass eine Anleihe aufzunehmen ist, war der Zeitpunkt der Umkehr gekommen. Heute setzen Sie den Schlussstein und in wenigen Tagen wird auch die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung unter die Schuldenmacher gegangen sein, wie Sie immer das uns vorgeworfen haben. Auch Sie sind an das ausländische Kapital herantreten, auch Sie haben sich der Mitwirkung der Banken bedient, und mit deren Hilfe diese Anleihe durchgeführt.

Ich darf noch etwas anderes feststellen. Dass der Referent heute in der Lage ist, über eine Anleihe zu referieren und relativ günstige Bedingungen zur Annahme zu empfehlen, ist darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde auch auf den ausländischen Kapitalplätzen ihre Kreditfähigkeit gesichert hat. Das ist aber die Frucht der Arbeit der früheren Verwaltung. (Sehr richtig!) Es ist nicht abzuleugnen, dass der Kredit der Gemeinde auf den Monopolbetrieben fusst, die die frühere Verwaltung unter den schwierigsten Verhältnissen und unter den schwersten Kämpfen geschaffen hat. Das Riesenunternehmen der Strassenbahn, eine Gründung

der früheren Verwaltung, stellt eine ganz aussergewöhnliche Kredithilfe dar. Auch beim Gaswerk, ich darf gewiss daran erinnern, unter welcher unsäglichen Schwierigkeiten das Monopol zustande gekommen ist, hat die frühere Verwaltung die Vorherrschaft der englischen Gaserschaft gebrochen. Das städtische Gaswerk ist nicht nur eines der stolzesten Werke, auf das die Gemeinde verweisen kann, sondern auch eine Kreditpost. Dasselbe gilt auch vom städtischen Elektrizitätswerk. Auch hier hat die frühere Verwaltung Kämpfe, Mühen und Sorgen gehabt, bis zu dem Zeitpunkt der Erlangung des Monopols. Wenn jetzt auch noch die Ausnützung der Wasserkräfte dazugekommen ist, so besteht bei den Kennern der Verhältnisse kein Zweifel darüber, dass diese Aktion schon vor dem Krieg eingeleitet war, durch den Krieg aber nicht ausgeführt werden konnte. So sind diese drei Werke geeignet den Kredit der Stadt zu heben und für alle Eventualitäten vollste Sicherheit zu bieten. Wenn ich heute an diesem Tage sage, dass ich an vielen dieser Dinge mitgearbeitet habe, so bitte ich, dies nicht als Unbescheidenheit auszuliegen, aber alle Erfolge haben ihren Ausgangspunkt genommen aus der Arbeit, die die frühere Verwaltung geleistet hat. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit)

Diese Anleihe hat noch eine andere Bedeutung. Sie ist die erste, die durch die volle Selbständigkeit des Kreditwerbers laut und feierlich Zeugnis ablegt für einen Akt, dem wir ja die Gesundung unseres Wirtschaftslebens überhaupt zu danken haben: Der Stabilisierung der Währung. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit). Diese Anleihe ist ein Bekenntnis des Vertrauens in die Finanzpolitik, die von der Bundesverwaltung geführt wird. Wäre auch nur der geringste Zweifel an der Stabilisierung unserer Währung möglich, es würde die ganze Kreditfähigkeit der Gemeinde nicht ausreichen, um einen ausländischen Kredit zu bekommen. Darüber hat uns ja in jenen berühmten Augusttagen des Jahres 1922 der städtische Finanzreferent selbst belehrt und uns gesagt, dass letzten Endes alles von dem Zustand der Währung abhängt. Ich darf also den heutigen Tag auch als einen Siegestag der Stabilisierung der Währung bezeichnen. Wenn der Finanzreferent heute die Fahne seines Erfolges aufpflanzt, so erinnern wir uns auch des Mannes, dem wir die Stabilisierung der Währung verdanken. (Lebhafte Rufe bei der Minderheit: Hoch Seipel!) Sie werden es vielleicht als ein hartes Urteil bezeichnen, wenn ich sage, dass Sie mit dieser Anleihe nur einen halben Schritt machen. Die Anleihe dient der Absicht, die Investitionstätigkeit der städtischen Unternehmungen zu fördern. Aber diese Investitionstätigkeit besteht auch bei der Gemeinde auf einem anderen Gebiet. Sie haben den Wohnhausbau zu einem kommunalen Programm gemacht. Ich stelle fest, dass Sie durch die Aufnahme des Wohnbaues in den Aufgabenkreis der Gemeinde ein Investitionsgebiet von ungeheuren Umfang neu eröffnet haben. Sie führen diese Investition nach dem Grundsatz: Was ausgegeben wird, muss im selben Jahr eingenommen werden. Das ist eine ganz unerhörte Belastung der Bevölkerung. Im Jahre 1927 haben Sie 118 Millionen Schilling in den Voranschlag für den Bau von Wohnhäusern eingestellt. Der Wiener Wohnungsbau finanziert aus den laufenden Einnahmen der Steuern ist nichts anderes als eine Erdrosselung des Wiener Wirtschaftslebens. (Sehr richtig! bei der Minderheit). Es wird der Tag kommen, an dem Sie nicht mehr imstande sind, jene gewaltigen Summen aus den laufenden Einnahmen hereinzubringen. Die Einnahme ist ja auch schon erfolgt. Für das Jahr 1928 sind nur mehr 76 Millionen Schilling für Wohnhausbauten vorgesehen. Ich mache daraus gar keinen Vorwurf, denn Sie stehen hier unter dem Druck eines eheeren Wirtschaftsgesetzes. Auf die Dauer kann man gegen die Natur nicht sündigen. Aber auch diese 76 Millionen sind noch immer eine starke Belastung des Wirtschaftslebens. Wir müssen immer wieder fordern, dass Sie auch für den städtischen Wohnhausbau eine Investitionsanleihe aufnehmen. Sie sagen darauf, dass der Wohnhausbau eine unproduktive Ausgabe

be ist und weder die Verzinsung noch die Amortisation des Baukapitals heraufgewirtschaftet werden kann. Aber das ist auch gar nicht notwendig. Eine Wohnbauanleihe kann unter ganz anderen Voraussetzungen aufgenommen werden. Sie haben die Wohnbausteuer. Sie gibt Ihnen die Möglichkeit eine grosse Wohnbauanleihe zu sichern, sowohl hinsichtlich der Verzinsung als auch des Amortisationsdienstes. Es wird also dadurch der eigentliche Zweck der Wohnbausteuer nicht in Frage gestellt, aber zugleich auch in der Belastung der Mieter und der Steuerträger eine wesentliche Erleichterung eintreten. Sie stehen heute noch auf dem Standpunkt, dass Sie eine Wohnbauanleihe nicht gut heissen können. Es heisst also für uns noch abwarten. Ich hoffe den Tag noch zu erleben, an dem hier der Antrag gestellt wird, für den städtischen Wohnhausbau eine Anleihe aufzunehmen. (Beifall bei der Minderheit). Ich hoffe, dass diese Umkehr in einem Augenblick erfolgt, in dem man sagen kann: Gerade noch rechtzeitig!

Die Gemeinde hebt noch immer die sogenannte Wasserkraftabgabe ein. Wir haben schon bei der Beratung des Vorschlages für das Jahr 1927 die Abschaffung dieser nicht mehr gerechtfertigten Steuer begehrt. Sie selbst haben sich entschlossen, Wasserkraftwerke nicht mehr zu bauen, weil die Technik die Ausnützung der Kohle stark gesteigert hat. In diesem Augenblick hat es gar keinen Sinn mehr, eine Steuer für die Erbauung von Wasserkraftanlagen einzusetzen. Die städtischen Wasserkraftwerke werden von den Elektrizitätswerken betrieben, die auch mit den Baukosten belastet sind. Die Wasserkraftabgabe wird eingezogen, in Voranschlag unter Einnahmen eingesetzt und mit dem gleichen Betrag auch in die Ausgabenrubrik eingestellt, um schliesslich auf einem *compte separate* zu landen. Dieser Vorgang entspricht ungefähr der Anlage der Gelder eines braven Dienstboten bei der Sparkasse. Auch der freut sich am Jahresabschluss der Verzinsung. Aber solche Sachen kann sich eine vernünftige Verwaltung nicht leisten. Stadtrat Breitner hat uns in der Budgetdebatte gesagt, dass die Wasserkraftabgabe bei der Aufnahme einer Anleihe aufgelassen werden kann. Die Anleihe ist nun da und ich präsentiere meinen Wechsel. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Wir fordern: Weg mit der Wasserkraftabgabe. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit). Diese Abgabe belastet heute ungezählte proletarische Haushalte, die Gas zu Kochzwecken verwenden. Sie verteuern dadurch die Lebenshaltung breiter Schichten. Ich beantrage abermals, dass die Wasserkraftabgabe zu verschwinden hat. Wir wissen, dass die gesamten Gas- und Stromabnehmer - und das ist die Mehrheit der Bevölkerung Wiens - voll und ganz auf unserer Seite ist.

Wir haben schon bei der Beratung der Anleihe im Finanzausschuss zwei Forderungen erhoben. Wir haben verlangt, dass die städtischen Arbeiten nach einer Methode vergeben werden, die nicht der Willkür Tür und Tor öffnet. Durch die Anleihe werden die städtischen Unternehmungen verstärkte Investitionen durchführen und grosse Summen an öffentlichen Arbeiten verwendet werden. Der Eindruck muss verschwinden, dass mit so grossen Summen öffentlichen Geldes willkürlich verfahren wird. Sie müssen dem Gemeinderat die Beruhigung geben, dass diese Summen dem Wirtschaftsleben auf geradem Wege zugeführt werden und dass es da keine Kontrollschleusen gibt. (Beifall bei der Minderheit). Sie haben aber für diese Forderung nicht das geringste Verständnis gezeigt.

Ebenso hat die Mehrheit sich gegenüber unserer zweiten Forderung verhalten. Es ist klar, dass mit den Mitteln aus dieser Anleihe neue Strassenbahnlinien gebaut, Autobusse und verschiedene andere Bestellungen an private Unternehmungen zur Durchführung übertragen werden. Zweifelsohne erhöht sich der Personalbedarf bei den städti-

sehen Unternehmungen durch ihre Ausgestaltung. Und nun bitte ich die Mitglieder der Mehrheit sich in den Gedanken hineinzusetzen, was es heisst, die Mittel zu bewilligen, die dazu dienen, um Angestellte und Arbeiter neu einzustellen, diese Einstellungen aber nur einseitig rein vom parteipolitischen Standpunkt der Mehrheit geschahen zu lassen. Dies geschieht insbesondere bei der Strassenbahn in einer Art, die einzig in der Welt dasteht. Ein einziger Mann, der Obmann des Personalausschusses entscheidet dort über die Aufnahmen. Der Personalreferent, der amtsführende Stadtrat und die Direktion haben nicht das geringste dreinzuredem. Der Herr Obmann schaltet und waltet nach eigenen Gutdünken. Er fragt jeden Stellenwerber, ob er schon drei Jahre politisch und gewerkschaftlich organisiert ist. Nur der das nachweisen kann, dem öffnen sich die Tore zum Dienst bei der Strassenbahn. Und nun bitte sich vorzustellen, was es heisst, wir sollen mitstimmen, damit die Machtfülle dieses Obmannes noch erweitert wird. Es ist eine starke Zumutung, die Sie an uns stellen. Im Stadtsenat ist in diesem Zusammenhang heute ein hartes Wort gefallen. Man hat uns vorgeworfen, dass wir für unsere Stimmen einen Kaufpreis verlangen. Dieses so leicht hingeworfene Wort brennt noch immer in meinem Gefühl. Es ist eine Verdächtigung unserer Gesinnung und was wir wollen ist kein Kaufpreis, sondern nur die Forderung, dass Sie sich endlich entschliessen, die Arbeiten, die die Gemeinde zu vergeben hat, öffentlich auszuschreiben. Es ist kein Kaufpreis, sondern die Erfüllung einer Pflicht. (Beifall bei der Minderheit). Wenn wir verlangen, dass dieses System der Personalaufnahme bei der Strassenbahn geändert wird, so ist das ebenfalls kein Kaufpreis, sondern lediglich nichts anderes, als ein Bekenntnis zu der Erkenntnis, dass eine Gemeinde, zu deren Betrieb die gesamte Bevölkerung beisteuert, die Pflicht hat, die Verwaltung nach allgemeinen Gesichtspunkten zu führen.

Wir aber haben aus den Erfahrungen der Sitzungen im Finanzausschuss und Stadtsenat gesehen, dass Sie einer so hohen Auffassung nicht fähig sind. Wir werden aber trotzdem für diese Vorlage stimmen und damit ein Bekenntnis ablegen zur Ehre unserer Stadt, die uns heilig und lieb ist. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit). G. Zimmerl & E.L. tadelt zunächst dass die Minorität nicht den Verhandlungen über das Zustandekommen der Anleihe beigezogen wurde. Stadtrat Breitner sagt, wir seien die Mehrheit und wir tragen die Verantwortung. Ich habe nun Rückschau in die letzten Jahre gehalten und gefunden, dass man doch mit der Opposition verhandelt hat. Man hat mit uns Verhandlungen wegen der 1902er Aktionäre geführt, die sehr vertraulich waren. Wir waren über jede Phase der Verhandlungen unterrichtet, wir hatten mitberaten und mitbeschlossen. Und niemand hat etwas erfahren. Auch den schwierigen Verhandlungen, die Sie mit der Wag geführt haben, wurden wir beigezogen. Wir waren zu Verhandlungen schon oft gut genug. Warum Sie uns jetzt das Mitberaten verweigert haben, ist unerfindlich. Eines wird doch Stadtrat Breitner nicht bestreiten können: Unsere Mitarbeit hätte nur befruchtend eingewirkt. Wir hätten uns manche kritische Bemerkung ersparen können, wenn wir auch Wissende wären. Der Kreditgewährung geht natürlich die Solvenz des Kreditansuchers voraus. Diese wurde niemals bestritten. Im Exposé wurde den Direktoren der Stand der Finanzen angeführt. Breitner hat festgestellt, dass Wien keine Passiven hat. Das ist die Wahrheit über das, was Sie von den Christlichsozialen überkommen haben. Danneberg hat eine Broschüre über Steueradismus geschrieben in der es heisst, dass Wien vor dem Krieg eine reiche Stadt war. Während des Krieges hat sie um 78 Millionen Goldkronen Kriegsanleihe gezeichnet. Wien hat Schulden gemacht, hat das Geld vergeudet und nach dem Krieg waren die Kassen leer. In den Kellern lagerte verfaultes Sauerkraut, das man der Bevölkerung als Nahrung zumutet. Wenn Breitner diesen Bericht der Citybank unterbreitet hätte, hätte er die Anleihe nicht bekommen. Was Danneberg in der Broschüre sagt, ist Lüge und Verleumdung.

Bürgermeister Seitz lautet
 GR. Zimmerl: Wenn mir der Herr Bürgermeister wegen die-
 ses Ausdruckes den Ordnungsruf erteilt, trete ich schon jetzt den Wahr-
 heitsweg an.

Bürgermeister Seitz: Ich habe keinen Ordnungsruf erteilt.
 Ich habe keine Ursache, beim Verfahren eines Ordnungsrufes den Wahrheits-
 beweis anzulassen. Ich habe Sie nur auf eine kleine Entgleisung aufmerk-
 sam machen wollen.

GR. Zimmerl fortsetzend: In der Broschüre steht einmal
 dass wir im Ausland Schulden gemacht haben, die nach dem Kriege zurückge-
 zahlt werden mussten.

GR. Denneberg: Markschulden!

GR. Zimmerl: Es rückt sich halt, wenn man in der Demago-
 gie ein wenig zu weit geht. Auch die Fest-
 stellung über die Finanzen ist
 sehr interessant. Stadtrat Breitner hat dem Direktoren die Ueberschüsse
 angegeben. Im Jahre 1923 betragen sie 13¹/₆ Millionen Dollar, 1924 17 Mil-
 lionen Dollar 1925 24¹/₄ Millionen Dollar und im Defizitjahr 1926
 22 Millionen Dollar, in diesen vier Jahren also 73 Millionen Dollar,
 was sich 513 Millionen Schilling. Wenn wir von Ueberschüssen gesprochen
 haben, hat Breitner uns als Phantasten hingestellt. Jetzt musste er aber
 die Wahrheit sagen.

GR. Zimmerl geht nun auf die Besprechung des Vertrages
 selbst ein, wobei er erklärt, dass die Verzinsung eine Höhe von sieben ein-
 halb Prozent erreicht.
 er weist darauf hin, dass eine Reihe von deutschen Städten günstigere
 Anleihen abgeschlossen habe und dass hierbei Zucklungskurse von 90 ein
 halb Prozent, von 94 Prozent auch bei einer sechsprozentigen Verzinsung
 an einem Falle sogar bei einer fünf ein halbprozentigen Verzinsung er-
 reicht worden seien. Wenn man sich um die Anleihe früher bemüht hätte,
 hätten bessere Marktverhältnisse ausgenützt und bessere Konditionen
 erreicht werden können. Dass die Ereignisse vom 15. Juli bei den Ver-
 handlungen auch eine Rolle gespielt haben, ist klar, dass ergibt sich
 auch daraus, dass die amerikanischen Banken ein Rücktrittsrecht inner-
 halb fünf Tagen für den Fall gewahrt haben, als Unruhen oder schwere po-
 litische Differenzen entstehen. Die Wahl dieser Worte ist
 zweifellos unter dem Eindruck der Ereignisse des 15. Juli erfolgt.
 Was die Verwendung der Anleihe betrifft, so müssen wir verlangen, dass
 uns allererstens, spätestens im Verlauf der Budgetberatungen genau
 gesagt werde, für welche Unternehmungen und in welcher Höhe sie für
 die einzelnen verwendet werden sollen. Neben den Forderungen des Abgeordneten
 Kunschak wolle der Redner noch die Forderung erheben, dass bei der Ver-
 gabe der Arbeiten nur Inlandserzeugnisse angeschafft werden und dass
 man bei dieser Gelegenheit, wo die betreffenden Unternehmungen ja Ka-
 pital zur Verfügung haben werden endlich daran denken müsse, den Gas-
 und Stromkonsumenten die Vorauszahlungen zurückzuzahlen. (Lebhafte Bei-
 fall bei den Parteien der Einheitsliste). Zusammenfassend bemerkt
 schliesslich der Redner, seine Partei hätte von dem auf diesem Gebiet
 sicher anerkannten Stadtrat Breitner noch erwartet, dass er bessere Be-
 singungen erzielen werde. Ein Meisterstück ist dieser Vertrag nicht. Die
 Genialität Breitners, von der in der sozialdemokratischen Presse so
 oft die Rede ist, ist lediglich darauf eingestellt, Steuern zu erfin-
 den und einzutreiben, Geld zu thesaurieren. Dagegen ist Breitner Ver-
 handlungen mit Leuten, die mit noch mehr Salben geschmiert sind, nicht
 gewachsen. Wir hoffen, dass die Anleihe auf unser Wirtschaftsleben be-
 fruchtend wirken wird, es ist mir ein Herzensbedürfnis unserem Freunde
 Kunschak zu dem Sieg, den er heute erzielt hat, die herzlichsten
 Glückwünsche auszusprechen (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei
 der Einheitsliste). Kunschak hat mit der im eigenen Energie und Zähig-
 keit darauf hingearbeitet, da Stadtrat Breitner von seinem anfäng-
 lich eingenommenen Standpunkt abgehen musste und den Weg der Anleihe
 für die städtischen Unternehmungen beschriften hat. Wir werden für die

Vorlage stimmen und damit wieder einmal den Beweis erbringen, dass wir
 jederzeit bereit sind, parteipolitische Erwägungen zurückzustellen,
 wenn es sich um die Wohlfahrt der Bürger dieser Stadt handelt. Wir unter-
 scheiden uns eben von Ihnen: Wir gehen immer den richtigen Weg, Sie
 gehen lieber den falschen Weg, wenn es Ihr Parteiinteresse erfordert.
 (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei den Parteien der Einheitslis-
 te).

GR. Beisubek (E.L.) verlangt, dass aus den Mitteln der Anleihe
 eine Verbesserung des Verkehrs herbeigeführt werde. Er fordert die Legung
 neuer Strassenbahnlinien und bezeichnet als eine der dringenden
 erforderlichen Linien die Strassenbahnlinie durch das Krottenbach
 nach Neudorf am Walde Salmansdorf (Lebhafte Beifall bei den Parteien
 der Einheitsliste).

GR. Breiffner (E.L.) bemerkt, es sei ausserordentlich schwer
 zu dem Projekt Stellung zu nehmen, ohne genau zu wissen, was
 dem wirklich geschehen wird. Stadtrat Breitner verlangt von uns einen
 Vorschuss an Vertrauen, der durch das, dass die Minderheit bisher im Ge-
 meinderat vertreten hat, nicht berechtigt erscheint. Es gehört ein aus-
 ordentlich grosser Wille dazu, wenn schon nicht das Vertrauen auszuspre-
 chen, so doch in diesem Augenblick nicht das Misstrauen zu be-
 zeugen. Es ist mir richtig, dass das Ausland der Stadt Wiens grosses Ver-
 trauen entgegenbringt, es wäre aber verfehlt zu glauben, dass
 dieses Vertrauen der gegenwärtigen sozialdemokratischen Mehrheit gilt.
 Wenn dieser weitgehende Kredit gegeben wird, so geschieht dies nicht
 der sozialdemokratischen Partei zuliebe, sondern dann geschieht dies
 der Verwaltung der sozialdemokratischen Partei (Lebhafte Beifall bei
 der E.L.) und trotz der Ereignisse des 15. Juli. Wenn wir für die Vor-
 lage stimmen, so tun wir das keineswegs, um der Mehrheit das Vertrauen
 zu votieren oder etwa in der Hoffnung, dass wir in Zukunft eine bes-
 sere Behandlung von ihr erfahren werden, sondern weil wir unsere Dank-
 barkeit für das Vertrauen ausdrücken wollen, das das Ausland unserer
 Stadt entgegenbringt und weil wir hertliche Freude darüber empfinden,
 dass in der ganzen Welt die Stadt Wien als eine uralte deutsche Kul-
 turstadt gilt (Lebhafte Beifall bei der E.L.)

GR. Breitner tritt zunächst der Behauptung des Gemein-
 rates Kunschak entgegen, dass im Bezug auf die Aufnahme von Investi-
 tionsanleihen für städtische Unternehmungen ein schwerer Meinungsge-
 gensatz zwischen Mehrheit und Minderheit bestanden habe. Demgegenüber
 verweise er auf die Gemeinderatssitzung vom 22. Dezember 1923. Damals hat
 die Nationalbank einzelne Unternehmungen kurzfristige Wechselkredite ge-
 geben und die Minderheit gab uns damals den Ratschlag, dass auch wir uns
 um solche Kredite bewerben mögen. Damals schon habe ich darauf verwiesen,
 dass das kein Auskubittsmittel sei, dass wir vielmehr alles daran wenden
 müssen, für Investitionszwecke Anleihen zu erhalten. Schon damals hat, also
 nicht das geringste programatische Hindernis gegen die Aufnahme von An-
 leihen bestanden und es widerspricht/ auch sicherlich keinem Grundsatz
 sozialistischen Denkens. Es ist auch unmöglich Investitionen durch Ta-
 rife eines Jahres hereinzubringen weil das ungeheuerliche Steigerungen,
 einen Rückgang des Verbrauchs und eine Störung des Produktionslebens
 zur Folge hätte. Zurückgewiesen haben wir immer nur das Verlangen, die
 Nachholungsarbeiten, die infolge der Kriegsschäden notwendig geworden
 waren, Erneuerungen, die einfach den Ersatz des Alten darstellen, durch
 Anleihen zu decken. Grundsätzlich besteht also gar kein Widerspruch
 zwischen uns und der Minderheit. Dass die von Lueger geschaffenen städti-
 schen Unternehmungen eine Sicherung an sich darstellen, ist niemals gelei-
 net worden, im Gegenteil es ist anlässlich der Enthüllung des Denkmals
 für Lueger und auch von dieser Stelle aus anerkannt worden. Es ist ja
 auch selbstverständlich, dass eine Verwaltung, die durch 20 Jahre be-
 standen hat, eine Reihe von Leistungen aufweist und wir haben nur immer
 verlangt, dass/ auch unsere Leistungen mit der gleichen Objek-
 tivität beurteilen möge. Ueber die einzelnen Fragen wie Wohnbauwesen und
 Wasserkraftabgabe wird noch beim Budget ausführlich zu sprechen sein.

Tatsache ist, dass die Wasserkraftabgabe die Verzinsungspflicht des Elektrizitätswerk verringert. Die Gemeinde rechnet heute einen Satz von vier ein halb Prozent, ein Zinssatz der durch die günstigste Anleihe nicht erzielt werden könnte. Was die Vergebung von Arbeiten anbelangt, so kann nicht davon gesprochen werden, dass wir eine Kontrolle scheuen. Die Grundsätze für die Vergebung sind vielmehr im Allgemeinen die gleichen, wie unter der früheren Verwaltung. Bei einer Reihe von Arbeiten, ist es unbestritten, dass eine öffentliche Ausschreibung nicht möglich ist. Andere werden im weitesten Ausmass durch öffentliche Ausschreibungen vergeben. Wie sehr hier eine Kontrolle geübt wird, geht daraus hervor, dass im technischen Ausschuss in den ersten zehn Monaten dieses Jahres unter den 2800 Vergebungsakten, die erledigt worden sind, sich nur vier Vergabungen befanden, die im Widerspruch mit der Minderheit beschlossen wurden. Wenn in der heutigen Sitzung des Stadtsenates, das vom Gemeinderat Kunegashak zitierte Wort von einem "Kaufpreis" wirklich gefallen sein sollte, so kann das keine andere Bedeutung gehabt haben, als dass wir wünschen, die Minderheit möge diese Vorlage nur dahingehend prüfen, ob die erzielten Bedingungen richtig und angemessen sind. Was wir ablehnen, ist die Erstellung eines Zusammenhanges mit den schwierigsten politischen Streitfragen. Das Beschwerde des Gemeinderates Zimmerl, dass die Minderheit bei dieser Anleihe nicht herangezogen worden sei, hält Stadtrat Breitner die eigene Feststellung des Gemeinderates Zimmerl entgegen, dass bei einer Reihe wichtigster Verhandlungen in enger Fühlungnahme mit der Minderheit vorgegangen worden sei. Daraus ist zu ersehen, dass die Mehrheit, wo nur immer die Möglichkeit hierzu besteht, auf die Mitarbeit der Minderheit Wert legt und ihr dazu vollauf Gelegenheit gibt. Aber bei diesen Verhandlungen, die solange gedauert haben und bis zum letzten Augenblicke unsicher waren, war es unmöglich, von der Minderheit zu verlangen, dass sie an Dutzenden und Dutzenden, oft bis in die Nacht während Sitzungen teilnehmenden Verhandlungen, die ja schliesslich vorläufig ergebnislos hätten verlaufen können. Auch im Parlament wird die Minderheit zu ähnlichen Verhandlungen, wie z.B. zu den gerade jetzt schwebenden Vorbereitungen der grossen Anleihe nicht herangezogen. Die sozialdemokratische Minderheit hat dies auch nicht verlangt, weil die Führung solcher Verhandlungen eben zu den Aufgaben der Mehrheit gehört.

Stadtrat Breitner schliesst mit folgenden Worten: Es ist sicherlich von hoher Bedeutung und wird über den Rahmen dieser Verhandlung hinaus gewürdigt werden, dass eine so wichtige Vorlage wie diese Anleihe schliesslich über alle Gegensätze hinaus die beiden grossen Parteien einigt. Ich bitte den Gemeinderat um die einstimmige Zustimmung. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Die Anleihe wird bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder einstimmig angenommen (Stürmischer Beifall und Händeklatschen und stürmische Rufe: Hoch Breitner!).
Bürgermeister Seitz: Der Finanzreferent der Stadt Wien, amtsführender Stadtrat Breitner hat nach einer jahrelangen Arbeit, die sich in den letzten Monaten besonders intensiv gestaltet hat, den Erfolg erzielt, den wir nunmehr feststellen können. Als einer derjenigen, die Gelegenheit hatten, diese Arbeit unmittelbar zu beobachten, kann ich nur sagen, dass wir uns glücklich schätzen können, einen Mann von so ausserordentlichen Kenntnissen und Fähigkeiten und insbesondere von einer so profunden Kenntnis der Finanzwirtschaft unseren Finanzreferenten neben zu können. Er hat mit Zähigkeit ausgehalten und jeder Versuchung widerstanden, bis der richtige Moment kam. Es war mir eine besondere Genugtuung, als unsere Vertragspartner ihrer Bewunderung und ihrer Anerkennung für Stadtrat Breitner Ausdruck gaben. Das war nicht Phrase, sondern der Ausdruck der Erkenntnis, dass sie es mit einem vollwertigen Vertragspartner zu tun hatten. Aber nicht nur die Fähigkeiten und die Kenntnisse des Stadtrates Breitner muss man bewundern, sondern vor al-

lem den ungeheuren Fleiss und die Hingabe, mit der er der Stadt Wien gedient hat. Ich spreche dem Stadtrat Breitner den Dank der Stadt Wien aus. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit). Zugleich danke seinen Mitarbeitern, so vor allem dem Magistratsdirektor Dr. Hartl (lebhafter Beifall bei der Mehrheit), dem Obermagistratsrat Dr. Neumayer (lebhafter Beifall bei der Mehrheit) und allen Beamten, die an dem Werk beteiligt waren. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit).

Im Zusammenhange mit der Dollaranleihe wird die sofortige Einköpfung des am 2. Jänner 1928 fälligen Coupons von abgestempelten Stücke der 1902er Anleihe an diejenigen Inhaber, die auf die Ausübung ihres Bezugsrechtes auf die Dreissig Millionen Dollaranleihe verzichten, untergleichzeitiger Ausschüttung der solchen Inhabern eingeräumten Entschädigung genehmigt.

GR. Iser (soz. dem.) referiert über einen Zuschusskredit für die Ausstellung "Wien und die Wiener" in der Höhe von 70.000 Schilling.

GR. Uebelhör (E.L.) wendet sich dagegen, dass die zur Durchführung dieser Ausstellung eingesetzte Kommission, der er selbst angehört habe, nur zu einer einzigen Sitzung einberufen wurde und dass ihr nicht einmal mitgeteilt worden sei, in welchem Umfange sich die Gemeinde an dieser Ausstellung beteilige. Die Beteiligung der Gemeinde wurde dazu benützt, um aus der Ausstellung parteipolitisch Kapital zu schlagen, was bei den Besuchern der Ausstellung grossen Anstoss erregt habe (Grosser Beifall bei den Parteien der E.L.).

GR. Rummelhardt (E.L.) bemerkt, er habe ein Gefühl der Scham empfunden in der Ausstellung als ein Mitglied der Ausstellungskomitees bezeichnet zu werden, da dieses Ausstellungskomitee von all dem was sich in der Ausstellung zugetragen habe, nicht bemerkte. Die Tabellen in der Abteilung über das Schulwesen haben offenkundige Lügen enthalten (Hört Hört rufe bei den Parteien der E.L.). Die Ausstellung wurde zu einer grosszügigen Agitation für die sozialdemokratische Partei benützt. Das einzig schöne in der Ausstellung waren die Dinge, die aus Wiens Vergangenheit gezeigt wurden (Lebhafte Beifall bei den Parteien der E.L.).

GR. Iser weist gegenüber den Vorrednern auf den kolossalen Erfolg der Ausstellung hin, ein Erfolg, der sich vor allem auch darin geüssert habe, dass die Ausstellung um drei Wochen verlängert werden musste.

Der Antrag wird genehmigt.

GR. Linder beantragt die Herabsetzung der Gebühr für die Beförderung nichttriebfähiger Pferde mit dem automobilen Tierrettungswagen der Feuerwehr vom städtischen Pferdemarkt in das Schlachthaus. Die Gebühr soll von 45 Schilling auf 30 Schilling herabgesetzt werden.

GR. Doppler (E.L.) erklärt, dass diese Herabsetzung zweifellos ihren Zweck nicht erreicht.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Stadtrat Kokrda beantragt die Erhöhung der Grundgebühr für die veränderlichen Markt- und Schlachthausgebühren von einhalb pro Mille auf zwei pro Mille. Die Erhöhung soll mit 1. Jänner 1928 in Kraft treten. Die Erhöhung ist ganz unbedeutend, sie ist auf ein Kilogramm Fleisch überhaupt nicht umzurechnen.

Vizebürgermeister Hoss wendet sich gegen diese Erhöhung. Wenn Abgänge beim Schlachthaus zu verzeichnen sind, so sollen sie aus den laufenden Einnahmen bestritten werden. In der heutigen Zeit darf auf dem Gebiete der Approvisionnement nichts verteuert werden.

GR. Kokrda erwidert, dass die Gemeinde für das Schlachthaus und für die Märkte alljährlich namhafte Beträge aufwendet.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Schluss der Sitzung 7 Uhr abends.